

Weltklimarat

Reaktionen auf dritten Bericht

[15.04.2014] Der Weltklimarat IPCC hat jetzt den dritten Teilbericht zum Klimaschutz vorgelegt. Darin widmet er sich der Treibhausgasminderung. Erste Reaktionen aus Deutschland sehen nicht nur nationalen Handlungsbedarf, sondern auch die EU in der Verantwortung.

Die international vereinbarte Obergrenze von maximal zwei Grad kann mit ambitionierter Klimapolitik eingehalten werden. Das meldet das Bundesministerium für Bildung und Forschung und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit mit Blick auf den jetzt vorgelegten dritten Teilbericht des Weltklimarats IPCC. Der Bericht widmet sich den Treibhausgasemissionen. „Wir müssen jetzt alles daran setzen, im Klimaschutz beherzt voran zu gehen. Deutschland kann dabei eine wichtige Rolle spielen, wenn wir der Welt am praktischen Beispiel zeigen, dass Klimaschutz in einem Industrieland funktioniert“, sagt Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD). „Auf nationaler Ebene wollen wir nun in allen Bereichen nach den effizientesten Lösungen für den Klimaschutz suchen, um unsere ehrgeizigen Ziele zu erreichen. Auf internationaler Ebene ist es wichtig, dass in diesem und nächsten Jahr die Weichen für ein verbindliches, weltweites Abkommen für die Zeit nach 2020 gestellt werden.“ Europa muss laut Hendricks hier die Führung übernehmen. „Darum wollen wir so schnell wie möglich ein EU-weites Klimaziel von mindestens 40 Prozent bis 2030 festlegen. Der Bericht des Weltklimarats zeigt, dass erneuerbare Energien und Energieeffizienz zentrale Bausteine für mehr Klimaschutz sind. Darum brauchen wir auch eigene Ziele für diese beiden Bereiche.“

Bundesforschungsministerin Johanna Wanka (CDU) ergänzt: „Der Bericht der IPCC-Wissenschaftler zeigt: Die Klimaforschung und die Forschung für die Energiewende müssen mit Hochdruck fortgeführt werden.“

Klimaschutz ist Wertschöpfung vor Ort

Das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sieht mit dem Bericht das Gerücht, dass wirtschaftliche Dynamik und ein stärkerer Klimaschutz sich gegenseitig ausschließen, eindrucksvoll widerlegt. „Die lokale Anpassung an den Klimawandel und auch der kommunale Klimaschutz sind konkrete Wertschöpfungen vor Ort“, sagt Umweltministerin Priska Hinz (Bündnis 90/Die Grünen). „Sie fördern Innovationen, sichern und bringen Arbeitsplätze zum Beispiel im Handwerk oder der Landwirtschaft. Nichts zu tun würde uns langfristig viel mehr kosten als jetzt endlich aktiv zu werden.“ Der stärkere Ausbau der erneuerbaren Energieträger ist laut dem hessischen Ministerium die Kernforderung des Teilberichts. Der Schwerpunkt liege dabei auf Wind- und Sonnenkraft. Ebenso wichtig sei die effiziente Energienutzung. „In Hessen kann und muss noch viel mehr getan werden, um den Energieverbrauch in Häusern, industriellen Anlagen und dem Straßenverkehr zu senken“, sagt Hinz. Jetzt wieder die Karte des angeblich sauberen Atomstroms zu spielen sei dabei absurd. Deutschland habe den Ausstieg ein für alle Mal beschlossen. „Wir müssen uns jetzt auf den Ausbau der erneuerbaren Energieträger konzentrieren – darin liegt die Zukunft.“ Die Bundesregierung sollte die Aussagen des Teilberichts laut Hinz als klare Handlungsanweisung betrachten. „Die bisher gemachten Vorschläge des Bundes zur Klima- und Energiepolitik bis 2030 greifen zu kurz.“ Es brauche jetzt feste und verbindliche Ziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

EU in der Pflicht

Hildegard Müller, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) bewertet den dritten IPCC-Teilbericht als fundierte Grundlage für die anstehenden Entscheidungen der Klimapolitik. „Die heute vorgestellten Ergebnisse machen deutlich, dass dringend ein ambitionierter und verlässlicher politischer Rahmen für CO₂-Minderungsmaßnahmen benötigt wird. Nur so ist ein effektiver und wirksamer Klimaschutz erreichbar“, so Müller. Dazu müsse die EU mit einem ambitionierten CO₂-Reduktionsziel von mindestens 40 Prozent und einem Erneuerbare-Energien-Ziel von mindestens 27 Prozent für 2030 vorangehen.

(ve)

Stichwörter: Politik, Barbara Hendricks, BDEW, Johanna Wanka, Klimaschutz, Priska Hinz